

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003864/2025/rev.1

an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Tiago Moreira de Sá (PfE), Klara Dostalova (PfE), Sebastian Tynkkynen (ECR), Petr Bystron (ESN)

Betrifft: Gewalt in Timor-Leste: Wie kann die Europäische Union inmitten der Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei einen Beitrag zur Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung leisten?

Seit geraumer Zeit ist die EU ein wichtiger Entwicklungspartner für Timor-Leste, eines der jüngsten Länder der Welt (das seit 2002 unabhängig ist), und sie hat bis September 2025 rund 134 Mio. EUR in Bereiche wie gute Regierungsführung sowie Stärkung und Aufbau von Institutionen investiert. Während weiterhin umfangreiche Mittel zur Förderung institutioneller Reformen bereitgestellt werden, haben sich die aktuellen Prioritäten zugunsten einer progressiven Agenda verlagert, wobei mehr als 260 Mio. EUR für „nachhaltige Infrastruktur“ und 22 Mio. EUR für „zivilgesellschaftliche Programme“ vorgesehen sind, bei denen man sich Themen verschrieben hat, die für die unmittelbare Realität in dem Land weniger relevant sind. Dieser Paradigmenwechsel fällt zeitlich mit wachsenden Spannungen in Timor-Leste zusammen, aufgrund deren es zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Strafverfolgungsbehörden kam (es ging um die Veruntreuung öffentlicher Gelder), sodass Fragen hinsichtlich des sich wandelnden Fokus der EU aufkommen.

1. Warum haben sich – in Anbetracht der jüngsten Zusammenstöße zwischen Studenten und der Polizei – die Prioritäten im Rahmen der Zusammenarbeit der EU mit Timor-Leste weg von Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung hin zu einer ideologisch und gesellschaftspolitisch motivierten Agenda verlagert, obschon zuvor Hunderte Millionen Euro in die Stärkung von Justiz und Institutionen investiert wurden?
2. Wie könnte sich die zunehmende finanzielle Fokussierung der EU auf „nachhaltige Infrastruktur“ (geplante Ausgaben in Höhe von 260 Mio. EUR) und „Sozialprogramme“ (22 Mio. EUR, die für die Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen anberaumt wurden) auf die langfristige Stabilität und Regierungsführung in Timor-Leste auswirken?
3. Wie kann die EU ihren Fokus erneut auf Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung in Timor-Leste richten und diesen verstärken?

Eingang: 2.10.2025